

## Legislaturziele

*Debatte im Nationalrat, 3. Juni 2008*

Die SP hat ihr Legislaturprogramm unter das Ziel einer **gerechteren Schweiz** gestellt. Für eine gerechtere Politik, welche die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt.

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat nicht mehr **soziale Gerechtigkeit** gebracht. Im Gegenteil: die Lohn- und Vermögensschere geht weiter auf, Steuergeschenke erreichen nur die Reichsten, prekäre Arbeitssituationen nehmen zu, die Krankenkassenprämien sind hoch und steigen weiter und der Lohnunterschied von 20 Prozent zwischen Männern und Frauen verringert sich nicht. Zudem vergrössern steigende Mieten und überhöhte Preise die soziale Ungleichheit. Wir müssen damit rechnen, dass sich die Konjunktur in den nächsten Jahren abschwächt und sich diese Ungleichheiten weiter verschärfen. Umso mehr braucht es eine starke Sozialpolitik.

Die SP wird auch in dieser Session wieder gegen überhöhte Importpreise und für billigere **Parallelimporte** – und zwar auch für Medikamente – kämpfen. Die SP vertritt die Interessen und die Kaufkraft der kleinen Einkommen genauso wie des Mittelstands. Darum wehren wir uns auch gegen die von BR Merz nach zwei Jahren aus der Schublade gezogene sogenannte „Besteuerung von **Mitarbeiterbeteiligungen**“. Diese riskiert bis zu einer Milliarde Steuerausfälle, um einmal mehr nur die bestverdienenden Topmanager in den Grosskonzernen steuerlich zu begünstigen. Anstatt weiter die

überbezahlten Chefetagen zu begünstigen, fordern wir BR Merz auf, endlich und rasch die Familien mit Kindern steuerlich zu entlasten. Der Staat soll seine Steuern gerecht erheben. Und er soll seine Investitionen so tätigen, dass die Gesellschaft nachhaltig davon Nutzen zieht. Das bedeutet insbesondere Investitionen in den **Bildungsstandort**. Und Bildung, meine Damen und Herren, beginnt nicht erst an der Hochschule. Wir wollen starke Volksschulen, die dank Tagesstrukturen den Kindern und der Schweiz eine starke Zukunft geben.

Der Erfolg am letzten Abstimmungswochenende hilft uns, auch hier drin bei unserem Einsatz für mehr Gerechtigkeit. Gerade in der **Gesundheitspolitik** fahren Sie, meine Damen und Herren der bürgerlichen Parteien, schlecht, wenn Sie sich dem Diktat der Krankenkassen verschreiben. Helfen Sie mit, bei den künftigen gesundheitspolitischen Reformen die Interessen *aller* Patientinnen und Patienten zu berücksichtigen.

Wenn Sie es ernst meinen mit dem **Wohl des Mittelstands**, dann müssen Sie sich auch für **starke Sozialwerke** und einen **umfassenden Service Public** einsetzen: keine Privatisierung von Swisscom, Post und SBB. Denn es ist klar: auf starke Sozialwerke, auf einen starken Service Public sind vor allem der Mittelstand und die KMUs angewiesen. Die Reichen mit mobilem Vermögen und die global agierenden Unternehmen brauchen weder AHV noch Busanschluss.

Die SP wird sich auch in dieser Legislatur stark für **ökologische Anliegen** einsetzen. Auch Umweltpolitik hat viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Sozial benachteiligte Personen sind überdurchschnittlich von den Folgen fehlender

Umweltpolitik betroffen. Zudem hilft eine fortschrittliche Umwelt- und Klimapolitik nicht nur der Umwelt, sondern schafft auch anspruchsvolle Arbeitsplätze in zukunftsweisenden Branchen und stärkt die Innovation und die Wirtschaft. Für den **Innovationsstandort** Schweiz ist die technologische Entwicklung im Umwelt- und Energie-Bereich von strategischer Bedeutung. Wir wollen **keine neuen Atomkraftwerke**. Und wir wollen, dass die Schweiz ihr **Klimaziel** auch nach 2012 erfüllt. Darum wollen wir Investitionen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Darum wollen wir einen ausgebauten **öffentlichen Verkehr**. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze und eine grössere Unabhängigkeit der Schweiz gegenüber den Erdöl- und Gaslieferstaaten.

Die SP wird sich für eine weitere Stärkung der Beziehungen der Schweiz zur EU und für die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung einsetzen. Ein soziales Europa ist die Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Aus diesem Grund ist es für die SP von zentraler Bedeutung, dass die Personenfreizügigkeit fortgesetzt und die Diskussion über den Beitritt der Schweiz zur EU aktiv geführt wird.